



Landeshauptstadt München, RBS
Bayerstraße 28, 80335 München

**Stabsstelle Kommunales
Bildungsmanagement und
Steuerung
RBS-PIZKB-S**

Bayerstraße 28
80335 München
pizkb.stab.rbs@muenchen.de

An die Vorsitzende
des Bezirksausschusses
des 3. Stadtbezirkes
Maxvorstadt
Frau Dr. Svenja Jarchow-Pongratz
Marienplatz 8
80331 München

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum
13.08.2025

Nazis raus aus Schulen

BA-Antrags-Nr. 20-26 / B 07869 des Bezirksausschusses
des Stadtbezirkes 3 – Maxvorstadt
vom 06.06.2025 (Eingangsdatum 16.06.2025)

Sehr geehrte Frau Dr. Jarchow-Pongratz,

bei der im Antrag Nr. 20-26 / B 07869 des Bezirksausschusses 3 vom 06.06.2025 angesprochenen Angelegenheit handelt es sich um ein laufendes Geschäft der Verwaltung im Sinne des § 22 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt München; einer stadtratsmäßigen Behandlung bedarf es daher nicht.

In Ihrem Antrag baten Sie darum, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um rechtsextremen Aktivitäten an Münchner Schulen entgegenzutreten und die Schulen bei der Sensibilisierung für rechtsextreme Vorfälle sowie bei der Demokratiebildung zu unterstützen.

Hierzu kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

1. Sensibilisierung und Unterstützung der Schulen

Die Landeshauptstadt München hat bereits vielfältige Maßnahmen etabliert, um Münchner Schulen bei der Prävention rechtsextremer Einflussnahme zu unterstützen. So wurden beispielsweise bereits 2018 im Rahmen des Stadtratsbeschlusses „*Demokratie stärken*“ (14-20 / V 12455) ressortübergreifende Strategien zur Demokratieförderung entwickelt. Schulen werden ermutigt, mit externen Trägern wie der Fachstelle für Demokratie (siehe deren ausführliche Stellungnahme zum Abschluss dieses Schreibens), dem NS-Dokumentationszentrum oder Kooperationspartnern wie *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* zusammenzuarbeiten.

Referat Bildung und Sport
Stabsstelle Kommunales
Bildungsmanagement und
Steuerung
pizkb.stab.rbs@muenchen.de

Darüber hinaus wird aktuell der Ausbau eines schulartübergreifenden Arbeitskreises zur Demokratiebildung vorangetrieben. Ziel ist es, insbesondere auch berufliche Schulen dabei zu unterstützen, rechtsextremen Tendenzen im Schulalltag präventiv zu begegnen und die Demokratiekompetenz von Lehrkräften und Schüler*innen systematisch zu stärken.

Der Geschäftsbereich Berufliche Schulen hat am 05.06.2025 zudem einen Fachtag „Politik und Gesellschaft“ in der Riesstraße veranstaltet. Für die ca. 100 Teilnehmer*innen fanden zwei Keynotes statt. Eine zum Thema „Neue Rechte“ von Niklas Fischer (LMU München). Im weiteren Tagesverlauf konnten sich Schulleitungen und Lehrkräfte in 13 Workshops weiteren wertvollen Input holen (FC Bayern, Bayerischer Rundfunk, Dr. Moritz Pöllath, Niklas Fischer, Terry Swartzberg etc.)

2. Rechtliche Handlungsmöglichkeiten und Beratung

Die Landeshauptstadt München informiert Schulen regelmäßig über ihre rechtlichen Möglichkeiten bei rechtsextremen Vorfällen – etwa im Rahmen von Schulleitungsdienstbesprechungen. Dabei arbeitet man eng mit der Polizei, der Fachstelle für Demokratie zusammen. Zusätzlich stehen die schulpsychologischen Dienste sowie Jugendsozialarbeiter*innen beratend zur Seite.

3. Verankerung im Unterricht und Schulleben

Demokratiebildung ist fester Bestandteil der Bildungs- und Erziehungsziele an Münchner Schulen. Die Landeshauptstadt München hat diesen Anspruch unter anderem durch eigene Aktionswochen – wie anlässlich des 75. Geburtstags des Grundgesetzes – sowie durch Formate wie diverse Planspiele konkretisiert. Der Unterricht wird durch Projekte, Workshops und Gedenkstättenpädagogik ergänzt. Gerade an historisch besonders sensiblen Orten wie der Maxvorstadt werden Bezüge zur Geschichte des Nationalsozialismus bewusst hergestellt, um die politische Urteilsfähigkeit zu fördern.

4. Beteiligung von Lehrkräften und Schüler*innen

Die Landeshauptstadt München legt großen Wert auf Beteiligung und Dialog. Im Rahmen von Demokratieprojekten und durch die Zusammenarbeit mit der Schüler*innenvertretung sowie Fortbildungsangebote für Lehrkräfte werden gezielt Räume geschaffen, in denen gemeinsam an Präventionsstrategien gearbeitet werden kann. Dabei gilt: Prävention ist nur wirksam, wenn sie alle Beteiligten mit einbezieht.

Die Landeshauptstadt München unterstützt die Intention des Bezirksausschusses ausdrücklich. Rechtsextreme Propaganda hat an Schulen keinen Platz. Die bereits bestehenden Maßnahmen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention werden fortgeführt und – wo erforderlich – in Zusammenarbeit mit den Schulen im Stadtbezirk Maxvorstadt intensiviert. Die Schulreferatsverwaltung steht in engem Kontakt mit den betroffenen Schulleitungen und bietet individuelle Unterstützung, Beratung und Netzwerkbildung an.

Das Referat für Bildung und Sport (RBS) empfiehlt anhaltend in Anlehnung an die Empfehlungen der Fachstelle für Demokratie im Falle rechtsextremer Aktionen an Schulen ein konsequentes und abgestimmtes Vorgehen, um sowohl den Schutz der Schulgemeinschaft als auch die Wahrung demokratischer Werte sicherzustellen. Der Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen (RBS-A) steht allen städtischen Schulen und Schulleitungen stets beratend und unterstützend zur Seite.

Die Schulleitungen sind angehalten, umgehend das RBS sowie die Fachstelle für Demokratie zu informieren. Durch dieses Verfahren wird gewährleistet, dass alle relevanten städtischen Stellen in die Bewertung und Bearbeitung von Vorfällen eingebunden und ein koordiniertes Vorgehen erfolgt. Dieses Vorgehen beginnt bei strafrechtlichen Aspekten mit der Einbindung der Polizei und im Gebrauch des Hausrechts. Rechtsextremes Material wird sichergestellt und die weitere Verbreitung auf dem Schulgelände unverzüglich unterbunden.

Ein Beispiel für ein solch vorbildliches und entschlossenes Handeln ist das Vorgehen des Städt. Willi-Graf-Gymnasiums. Die Schule reagierte umsichtig und konsequent auf einen rechtsextremen Vorfall und orientierte sich dabei eng an den durch das RBS empfohlenen Abläufen. So konnte nicht nur eine schnelle Klärung und Sicherung des Vorfalls erreicht, sondern auch ein klares Zeichen gegen rechtsextreme Ideologien innerhalb der Schulfamilie gesetzt werden. Vorfälle dieser Art, sind demnach auch für andere Schulen und Schularten anlassgebend, die Vorkommnisse wie Auswirkungen auf die Demokratie zu thematisieren und entsprechende Angebote zu intensivieren.

Städtischen Schulen verfügen ein über breites Unterstützungsnetzwerk. Darüber hinaus bietet die Fachstelle für Demokratie (siehe deren ausführliche Stellungnahme zum Abschluss dieses Schreibens), gezielte Unterstützung für Schulleitungen und Lehrkräfte, sowohl bei konkreten Bedarfen und Vorkommnissen als auch im Bereich der Prävention, das sowohl in akuten Situationen als auch in der Präventionsarbeit zur Verfügung steht.

Information und Unterstützung des pädagogischen Personals ist bei diesem Vorgehen unerlässlich. Die gesamte Schulgemeinschaft, d. h. Schüler*innen, Eltern und weiteres Schulpersonal werden in angemessener Weise über Vorfälle informiert. Transparente Kommunikationswege tragen dazu bei, eine gemeinsame Haltung gegen Rechtsextremismus zu entwickeln, bzw. zu bestärken. Zudem erhält das Personal pädagogische Handlungsorientierungen, wie das Thema altersgerecht, sachlich und sensibel mit den Schüler*innen besprochen werden soll.

Zur Bewältigung möglicher psychischer Belastungen stehen die Schulpsychologie, die Schulsozialarbeit und bei Bedarf auch das Kriseninterventionsteam der Schule zur Verfügung. Nicht zuletzt kann auf die Beratungsangebote des Referats für Bildung und Sport sowie auf die Expertise und Unterstützung der Fachstelle für Demokratie zurückgegriffen werden. Diese bietet sowohl Beratung als auch weiterführende Maßnahmen zur Aufarbeitung und Prävention an. Das Pädagogische Institut – Zentrales Kommunales Bildungsmanagement (PIZKB) bietet im Fachbereich Politische Bildung, Unterstützung, Fortbildungen, Workshops, Beratung und bei Bedarf eine Zusatzqualifikation „Schule der Vielfalt“ in diesem Themenfeld an.

Der RBS sieht es als seine Aufgabe, Schulen nicht nur im Akutfall zu unterstützen, sondern auch nachhaltig demokratische Werte zu fördern. Hierzu zählen regelmäßige Fortbildungen, Projekttag zur politischen Bildung und die Förderung einer demokratischen und partizipativen Schulkultur. Allgemeine Sozialtrainingangebote wie z. B. „zam'grauft“ zur Stärkung des sozialen Miteinanders beiträgt, zählen zu den Angeboten.

RBS-GB-A legt großen Wert darauf, dass Lehrkräfte im Sinne des Beutelsbacher Konsenses parteipolitisch neutral bleiben, zugleich aber aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. Auch im Rahmen von Schulleitungstagungen des Ministerialbeauftragten wird regelmäßig auf diese Angebote und die Bedeutung der demokratischen Wertevermittlung hingewiesen. Dies ist ausdrücklich gefordert, um junge Menschen für demokratische Werte zu sensibilisieren und zu stärken. Um diese Haltung zu verankern, wurde im Rahmen der Einführung der fächerübergreifenden Verfassungsviertelstunde zu Beginn des Schuljahres alle Schulleitungen in der Schulleitungskonferenz nochmals gezielt darauf hingewiesen und beauftragt, diese Forderungen an das Kollegium weiterzugeben.

Die Behandlung aktueller gesellschaftlicher und politischer Themen ist fest im Schulalltag verankert. Akute Vorkommnisse werden von den Lehrkräften, insbesondere den Klassenleitungen sowie den Lehrkräften für Politik und Gesellschaft, zeitnah mit den betroffenen Klassen besprochen. Demokratieerziehung ist darüber hinaus als Querschnittsthema im Lehrplan sowie im Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEuG) in allen Fächern fest verankert.

Exkursionen, wie beispielsweise Besuche der KZ-Gedenkstätte Dachau oder des NS-Dokumentationszentrums, sowie Projekte und Erasmus-Fahrten, etwa nach Polen, ergänzen den Unterricht und fördern das historische und politische Bewusstsein der Schüler*innen.

Zur Demokratiebildung werden zudem Wahlkurse und Netzwerke wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, Arbeitskreise zu Bildung für nachhaltige Entwicklung, die über klimarelevante Themen hinaus ausdrücklich Aspekte der Sozialen Gerechtigkeit und Partizipation von Schüler*innen anstreben, wie Junior- oder U-18-Wahlen sowie die Förderung partizipativer Strukturen bilden ein breites Angebot demokratiefördernder Maßnahmen (Klassenräte, Schul- oder Schüler*innenparlamente, SMV-Arbeitskreise, SMV-Tage).

Der Geschäftsbereich A misst dem Schutz und der Unterstützung von Schüler*innen und Pädagog*innen, die sich durch rechtsextreme Umtriebe bedroht fühlen, höchste Priorität bei. Gespräche mit Lehrkräften und Schüler*innen zur Entwicklung gemeinsamer Präventionsansätze sind selbstverständlich Teil des Unterstützungsangebots im Referat für Bildung und Sport. Bei diesen Gelegenheiten wird ebenso auf die einschlägigen Beratungs- und Fortbildungsangebote im PIZKB verwiesen und ggf. Kontakt hergestellt. Die Entwicklung und Umsetzung wirksamer Präventionsansätze erfolgen in enger Abstimmung mit allen schulischen Akteur*innen. Im Rahmen der Schülerinnenmitverantwortung, des Schulforums (unter Einbindung der Elternschaft) sowie in Lehrkräftekonferenzen werden regelmäßig Gespräche geführt und Präventionsstrategien gemeinsam entwickelt bzw. fortgeschrieben. Darüber hinaus finden schulspezifische Gespräche und die Entwicklung von Präventionsansätzen im Rahmen der Schulentwicklungsgruppen bzw. der Qualitäts- und Schulentwicklung (QSE) vor Ort statt.

Ein zentrales Angebot bildet in diesem Zusammenhang die Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen, die bei der Fachstelle für Demokratie angesiedelt ist (siehe deren ausführliche Stellungnahme zum Abschluss dieses Schreibens). Diese bietet niedrigschwellige Beratung, Unterstützung und Begleitung für Betroffene und trägt dazu bei, ein sicheres und wertschätzendes Schulklima zu gewährleisten.

Um die Bekanntheit dieser Anlaufstelle zu erhöhen und eine möglichst breite Zugänglichkeit sicherzustellen, wird regelmäßig im Rahmen von Schulleitungskonferenzen, Dienstbesprechungen der Fachkoordinationen, Lehrkräftekonferenzen und Fachsitzungen auf das Angebot hingewiesen. Zu der Thematik und entsprechenden Maßnahmen findet zudem ein regelmäßiger Austausch mit dem staatlichen Schulamt, der Regierung von Oberbayern und den Ministerialbeauftragten statt.

Die Fachstelle für Demokratie sowie gegebenenfalls der Regionalbeauftragte für Demokratie und Toleranz unterstützen diesen Prozess. Hierbei wird auch auf die BIGE – Informations- und Beratungsstelle der Bayerischen Staatsregierung in Kooperation mit dem Kultusministerium – zurückgegriffen, um Schulen bestmöglich zu beraten und zu begleiten.

Das Pädagogische Institut – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement (PIZKB) arbeitet in dem Bereich insbesondere präventiv, unterstützt die Schulen aber gleichzeitig auch bei konkreten Maßnahmen in akuten Fällen (etwa durch fachlich-pädagogische Beratung und ggf. Vermittlung, ggf. Projektmittel in begrenztem Umfang, sowie mit Aktionen im Rahmen des Netzwerkes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sowie im Rahmen von besonderer Unterstützung für die im Rahmen der PIZKB-Zusatzqualifikation zu diskriminierungskritischer Pädagogik und Schulentwicklung ausgebildeten Schulteams.

An zeitgemäßen Schulen ist Demokratiebildung durchgängiges Prinzip. Sie gestalten Unterricht und das Schulleben zudem diskriminierungskritisch, geschlechtergerecht und inklusiv. Das RBS tut vieles dazu, damit Schulen sich immer weiter in diese Richtung entwickeln können. Ziel ist es, eine diskriminierungs-, insbesondere auch rassismus- und antisemitismuskritische Schulkultur an den Münchner Schulen zu etablieren, die Menschenwürde und Demokratie nicht nur lehrt, sondern fördert, gestaltet und lebt.

Dazu können die Münchner Schulen auch laufend Bildungsangebote wie Fortbildungen und Beratung durch das PIZKB in Anspruch nehmen (u. a. beim Fachdienst Politische Bildung).

Maßnahmen des PIZKB Fachdienstes Politische Bildung

Am Pädagogischen Institut – Zentrum für kommunales Bildungsmanagement (PIZKB) hat der Fachdienst Politische Bildung einen Schwerpunkt im Bereich Menschenrechts- und Demokratiebildung sowie diskriminierungskritische, insbes. rassismuskritische Pädagogik und Schulentwicklung.

Konkret bietet das PIZKB an:

Maßnahmen für Lehrkräfte/ pädagogisches Personal

Ziele der Maßnahmen für pädagogisches Personal in Schulen sind insbesondere:

- sensibilisieren, um wachsam und veränderungsfähig/-bereit zu sein oder zu werden
- befähigen, antidemokratische und diskriminierende Handlungen sowie institutionell und strukturell eingeschriebene Wahrnehmungs-, Argumentations- und Handlungsmuster zu identifizieren und ihnen bewusst entgegenzuwirken.

➤ Fachliche Beratung und Fortbildung

Der Fachdienst berät Schulen zum Thema diskriminierungskritische, insbesondere auch rassismuskritische Bildung sowie Menschenrechts- und Demokratiebildung (auch als Kollegiale Fallberatung) und bietet seit Jahren regelmäßig Fortbildungen zur Demokratiebildung sowie gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und zu diskriminierungskritischer Bildung für Lehrkräfte und pädagogisches Personal an den Münchner Schulen an – zentral am PIZKB und in den letzten Jahren sehr stark zunehmend auf Anfrage direkt an Schulen als Inhouse-Fortbildungen (SchiLF):

beispielsweise zu Menschenrechten und Demokratie, zu Anti Bias, zum Umgang mit unterschiedlichen Formen von Rassismus (u.a. antischwarzem und antimuslimischem Rassismus, Rassismus gegen Sinti*zzze und Rom*nja), Antisemitismus und anderen Dimensionen von Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen sowie Diskriminierung auf interindividueller, institutioneller und struktureller Ebene, speziell auch im Kontext (Bild)Sprache, Medien und Unterrichtsmaterialien sowie zum Umgang mit Hate Speech und Verschwörungserzählungen.

Insgesamt hat die Zahl der Anfragen bei PIZKB insbesondere nach schulinternen Fortbildungen zu Themen im Bereich diskriminierungs-/rassismuskritische Bildung & Empowerment stark zugenommen.

➤ Zusatzqualifikation zu diskriminierungskritischer Pädagogik und Schulentwicklung

Zudem wird vom PIZKB eine umfangreiche Zusatzqualifikation (ZQ) zu diskriminierungskritischer Pädagogik und Schulentwicklung angeboten (PIZKB „Schule der Vielfalt“, Umfang 19,5 Tage), die Schulen dabei unterstützt, Schule und Unterricht differenz-, macht- und kontextsensibel zu gestalten und Diskriminierung auf individueller wie institutioneller Ebene zu erkennen und entgegenzuwirken.

An der Maßnahme nehmen jeweils Teams von mindestens zwei bis vier Lehrkräften pro Schule teil, die darin geschult werden, alle Arten von Diskriminierung (u.a. mit einer Vertiefung im Bereich Rassismus) im schulischen Kontext besser wahrnehmen zu können, deren Mechanismen, Wechselwirkungen und Auswirkungen zu verstehen und ihr Wissen und ihre Erfahrungen in Unterricht und Schulentwicklung einzubringen mit dem Ziel, eine diskriminierungsfreiere Schule zu gestalten, die Demokratie und Menschenwürde lebt und insbesondere Menschen, die Diskriminierung erfahren, zu empowern vermag.

112 Lehrkräfte an 32 Münchner Schulen haben die Zusatzqualifikation bislang absolviert bzw. durchlaufen diese gerade (der siebte Durchgang hat 2025 begonnen). Die Teams und

deren Schulen werden auch nach Abschluss der Reihe vom PIZKB mit diversen Angeboten weiter begleitet (u.a. durch individuelle fachliche Beratung, kollegiale Fallberatung, Austauschrunden und Fachgespräche mit Expert*innen, schulinterne Fortbildungen für das ganze Kollegium; Unterstützung beim Auf- und Ausbau multiperspektivischer Teams an den Schulen).

Die Qualifikationsreihe wurde vom PIZKB im engen Austausch mit Schulen, verschiedenen Initiativen und führenden Expert*innen (u. a. an der PH Karlsruhe und der PH Freiburg sowie den Universitäten Bochum, Duisburg-Essen, Oldenburg und Bielefeld) entwickelt und wird mit Blick auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und die neuesten Forschungsergebnisse seit 2012 kontinuierlich weiterentwickelt.

Bundesweit ist die Maßnahme nach wie vor eine Besonderheit. Sie stößt zunehmend auf Aufmerksamkeit, wird auch weit über München hinaus wahrgenommen und dient oftmals auch an anderen Orten als Vorbild (z. B. Stadt Augsburg, IPSN Nürnberg, Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Kultusministerium Niedersachsen).¹

(Weitere Informationen, u.a. zu den Inhalten: <https://www.pi-muenchen.de/profil/wir-ueber-uns/fachbereiche/fachbereich-fachdienste/bereich-politische-bildung/programm-schule-der-vielfalt/>)

➤ Bereitstellung von Literatur, Materialien, Medien (Beispiele)

- Ausleihmöglichkeiten von Fachliteratur für Lehrkräfte aus der Präsenzbibliothek des Fachdienstes Politische Bildung
- Informationen des PIZKB für Schulen (Handlungshinweise, Veranstaltungen, Materialien, Anlaufstellen) finden sich zudem auf Rubriken der PIZKB-Website, etwa:
 - ➔ Informationsseite „Folgen von Krieg und globalen Krisen: www.pi-muenchen.de/folgen-von-krieg-und-globalen-krisen/
 - ➔ Informationsseite „Demokratiebildung“ und Verfassungsviertelstunde: www.pi-muenchen.de/demokratiebildung/
- Materialien des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (siehe auch Abschnitt unten)

Angebote für Schüler*innen

➤ Schüler*innen-Programm des Fachdienstes Politische Bildung

Mit dem Schüler*innen-Programm des PIZKB bietet das RBS den Münchner Schulen die Möglichkeit, drängende Fragen in Workshops und Seminaren mit Schüler*innen (auch über den Unterricht hinaus) intensiver zu bearbeiten. Seit 2015 stellt das PIZKB dieses fächerübergreifende Angebot für Schüler*innen aller Schularten, v. a. ab der 7. Jahrgangsstufe, bereit:

- Angebote zu allen Themen Politischer Bildung, u. a. zu Demokratiebildung und diskriminierungskritischer (u.a. zum Umgang mit Rassismus und Antisemitismus); auf Anfrage durch Lehrkräfte oder auch durch Schüler*innen
- Verschiedene Formate wie z. B. Workshops, Fachtag an der Schule; Exkursionen in München und Umgebung, Seminare in Schullandheimen.

¹ Siehe z. B. auch: Daschner/ Schoof-Wetzig (2025): „Weißbuch Lehrkräftefortbildung. Impulse und Szenarien für gute Praxis“, Beltz-Verlag (S. 408-411, 415-17); sowie Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2024): „Good Practice gegen Diskriminierung an Schulen“; und das Portal der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu guter diskriminierungskritischer Praxis im Kontext Schule: <https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/praxisbeispiele/DE/schule/paedagogisches-institut-muenchen.html/>).

- Die Angebote orientieren sich jeweils konkret an den Gegebenheiten und Bedarfen der jeweiligen Schule bzw. Gruppen von Schüler*innen und werden im Hinblick darauf konzipiert und organisiert, häufig auch in Verbindung mit kreativen Methoden, z. B. theaterpädagogische Ansätze, Spoken Word/ Rap/ Poetry, Fotografie. Auch Gespräche mit Zeitzeug*innen können organisiert werden.

Im Jahr 2024 widmete sich das Schüler*innen-Programm – zum Anlass des 75. Jubiläums – einer vielgestaltigen Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in dem auch die Achtung der Menschenwürde und Gleichwertigkeit aller Menschen als Grundlage von Antidiskriminierung einen ganz besonderen Platz einnimmt. So wurden von Schüler*innen aus ca. 20 Münchner Schulen ab September 2023 kreative Beiträge für einen "Walk of Democracy" sowie ein Bühnenprogramm entwickelt – in Zusammenarbeit mit Künstler*innen und weiteren Akteur*innen. Die Aktionen wurden von den Schüler*innen dann am 15.5.2024 entlang der gesamten Sendlinger Straße und auf dem Rindermarkt künstlerisch-kreativ umgesetzt und in den öffentlichen Raum getragen. (Eindrücke siehe <https://www.pi-muenchen.de/demokratiebildung/> > Rubrik RBS)

Mit diesem und vielen weiteren Projekten, Formaten und Aktionen sollten in der Aktionswoche unter anderem folgende Ziele erreicht werden:

- die Bedeutung von Demokratiebildung darzustellen
- die Auseinandersetzung mit demokratischen Grundprinzipien zu fördern
- möglichst viele junge Menschen durch unterschiedlichste Formate anzusprechen

Einen Überblick über diese und weitere Aktionen sowie Impressionen der RBS-Aktionswoche „München feiert 75 Jahre Grundgesetz“ bietet die Seite <https://muenchenfeiert75gg.de> sowie www.pi-muenchen.de/demokratiebildung unter „Referat für Bildung und Sport“.

➤ Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC)

Am PIZKB (Fachdienst Politische Bildung) ist auch die regionale Koordinationsstelle des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) angesiedelt.

Das Interesse der Schulen, Teil des Netzwerks zu werden, ist weiterhin sehr groß: Die Zahl der Münchner Schulen im Netzwerk in den letzten Monaten erneut stark angestiegen:

- Seit Anfang 2014 konnten 19 weitere Münchner Schulen als Mitglieder im Netzwerk SOR-SMC anerkannt werden (davon 11 seit September 2024).
- Seit Januar 2014 hat die Zahl der Münchner Schulen im Netzwerk SOR-SMC somit um ca. 25% zugenommen.
- Aktuell sind 92 Münchner Schulen anerkannte Mitglieder des SOR-SMC-Schulnetzwerks und weitere stehen kurz vor der Anerkennung.

Voraussetzung für die Aufnahme einer Schule SOR-SMC-Netzwerks ist eine Selbstverpflichtung der Schule (mindestens jew. 70% der Schüler*innen und des gesamten Personals), sich aktiv gegen Rassismus sowie alle Formen von Diskriminierung und Ideologien der Ungleichwertigkeit einzusetzen. Dies ist permanenter Ansporn und zugleich Referenzmöglichkeit für jedes Mitglied der SOR-SMC Schulgemeinschaft – gerade auch in der aktuellen gesellschaftlichen Situation.

In der Regel sind es die Schüler*innen, die die Initiative zur Aufnahme von Schulen ins Netzwerk geht in der Regel von den Schüler*innen ergreifen, denn im Ursprung und Kern ist SOR-SMC eine Maßnahme von Schüler*innen für Schüler*innen. Auch bezüglich der Aktionen an ihren Schulen und der Gestaltung des Schullebens im Sinne SOR-SMC entwickeln die Schüler*innen entsprechende Ideen und setzen sie um (z. B.

als SMV oder in AGs, Wahlkursen), wobei sie von den Lehrkräften, der Schulleitung und Schulsozialpädagog*innen – sowie durch die regionalen Koordinationsstellen – unterstützt werden.

Besondere Angebote für SOR-SMC-Schulen:

Die Schulen im SOR-SMC-Netzwerk profitierten von zusätzlichen Angeboten (regional durch die Regionalkoordination München, teilweise aber auch landes- und teilweise bundesweit).

Zum Beispiel: Vermittlung von Referent*innen und Teamer*innen sowie Organisation und Durchführung von Vorträgen und Workshops an Schulen; Vernetzungstage für Schüler*innen der Münchner SOR-SMC-Schulen; Vernetzungstreffen für das Pädagogische Personal an den SOR-SMC-Schulen; CourageCoach-Workshops statt, in denen Schüler*innen sich austauschen, um das Projekt an der Schule voran zu bringen; zudem weitere Bildungsangebote, Handreichungen und Materialien (landes- und bundesweit).

➤ MOSAIK Jugendpreis – mit Vielfalt gegen Rassismus

Der Fachdienst Politische Bildung des PIZKB organisiert zudem im Zusammenwirken mit der Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität der LHM und dem Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg den „MOSAIK Jugendpreis – mit Vielfalt gegen Rassismus“ zum Gedenken an die Mordopfer des „NSU“ in München und Nürnberg (konstituierende Sitzungen, Juryauswahl, Jurysitzungen, Preisverleihungen). Die Städte München und Nürnberg wollen mit dem MOSAIK Jugendpreis ein gemeinsames Zeichen gegen neo-nazistische Gewalt und auch über die alltäglichen Formen von rassistischer Diskriminierung setzen.

Der Jury gehören je drei engagierte Jugendliche aus München und Nürnberg, Angehörige der Opferfamilien der Morde des NSU aus Nürnberg und München sowie jeweils eine Vertretung des Migrationsbeirates München und des Integrationsrates Nürnberg an. (Weitere Informationen zum MOSAIK Jugendpreis: siehe

- www.pi-muenchen.de/profil/fachbereiche/politische-bildung/mosaik-jugendpreis/ und
- <https://stadt.muenchen.de/infos/mosaik-jugendpreis>

➤ Zuschüsse/Projektmittel

Darüber hinaus unterstützt das RBS Maßnahmen, die von den Schulen selbst organisiert werden (etwa selbst organisierte Projekte zu Demokratiebildung, selbst organisierte Besuche von Gedenkstätten, Synagogen und Moscheen, SMV-Fahrten) durch Zuschüsse/Projektmittel.

Wie Schulen diese Angebote sinnvoll nutzen - Beispiel Städt. Willi-Graf-Gymnasium (WGG):

Das WGG war selbst, - wie auch im Antrag erwähnt - von den in der Antragsbegründung erwähnten rechtsextremen Umtrieben betroffen und hat darauf vorbildlich reagiert, worüber auch in verschiedenen Medien berichtet wurde, so dass die Schule auch in die Öffentlichkeit hinein ein deutliches Zeichen gegen extremistische, demokratiegefährdende Hetze und für ein gutes Miteinander setzen konnte.

Dass sich sowohl die Schulleitung als auch Schüler*innen und Lehrkräfte dieser Schule so couragiert und deutlich gemeinsam gegen die Aktionen zur Wehr gesetzt haben, hat auch damit zu tun, dass die Schule seit Jahren mit Schüler*innen und Lehrkräften aktiv an der Bewusstseinsbildung für Demokratie, Menschenwürde und Menschenrechte arbeitet und dazu die vielfältigen Support-Systeme der LHM, insbesondere von Seiten des PIZKB, sehr aktiv wahrnimmt und systemisch für die Schulentwicklung nutzt.

Die Schule nimmt die oben genannten Unterstützungs- und Serviceangebote des PIZKB Fachdienstes Politische Bildung seit Jahren umfassend in Anspruch: So nahm ein Team der Schule, bestehend aus Lehrkräften und Teilen der Schulleitung, an der Zusatzqualifikation „Schule der Vielfalt – diskriminierungskritische Pädagogik und Schulentwicklung“ (ZQ SdV) teil und zur Erweiterung des Teams werden von der Schule regelmäßig weitere Lehrkräfte zur Teilnahme benannt und angemeldet. Das WGG ist zudem Teil des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und nimmt die Ziele des Netzwerks und die entsprechende Selbstverpflichtung sehr ernst. Auch die Beratungsangebote des PIZKB im Bereich

Demokratiebildung und Diskriminierungskritische Bildung für Lehrkräfte sowie die Angebote des Schüler*innen-Programms Politische Bildung des PIZKB nahm und nimmt die Schule regelmäßig in Anspruch. So beteiligte sie sich im Rahmen der RBS-Projektwoche „München feiert 75 Jahre Grundgesetz“ mit einer Gruppe von Schüler*innen aktiv am „Walk of Democracy“ für Menschenwürde und die Grundrechte: bereits das ganze Schuljahr über hatten die Schüler*innen mit Unterstützung durch das PIZKB zusammen mit Künstler*innen – einen Beitrag erarbeitet, und im Mai 2024 beeindruckten sie während der Aktionswoche die Öffentlichkeit auf der Sendlinger Straße durch ihre couragierte Performance.

Es kommt also nicht von ungefähr, dass sich die Mitglieder der Schulgemeinschaft des WGG so beherzt, freiwillig, mutig, kreativ und gemeinsam gegen Anfeindungen und Versuche der Indoktrination gegen Ideologien der Ungleichheit von Menschen zur Wehr setzten. Vielmehr hat die Schule seit Jahren entsprechende Akzente gesetzt, dabei eine Vielzahl an Fortbildungs- und Unterstützungsangeboten des RBS genutzt, und so kontinuierlich an einem Schulklima der gegenseitigen Wertschätzung und des gegenseitigen Respekts gearbeitet und damit einem couragierten Auftreten gegen rechtsextreme, antidemokratische Agitation präventiv den Boden bereitet – ganz im Sinne des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (GG Art 1).

Bereichsübergreifende Zusammenarbeit am PIZKB im Rahmen der Programmkonzeption

Für die oben (unter Punkt 3) genannten Aufgaben ist am PIZKB der Fachdienst Politische Bildung zuständig (www.pi-muenchen.de/politischebildung) – vielfach in Zusammenarbeit mit anderen Bereichen des Instituts. Neben Fachdienst Politische Bildung bieten weitere Bereiche des PIZKB sowie des RBS Schulen Unterstützung im Bereich Demokratiebildung und diskriminierungskritische Bildung an.

Ab dem Schuljahr 2025/26 ist am PIZKB darüber hinaus die systematische Identifizierung und Setzung bereichsübergreifender Themenschwerpunkte für das Bildungsprogramm vorgesehen – und eine noch verstärkte bereichsübergreifende Zusammenarbeit zu diesen Themen angesichts aktueller Herausforderungen. Dabei wurden dabei unter anderem Demokratiebildung (im Themenfeld „Globale und gesellschaftliche Krisen“, u.a. Demokratiekrise ...) sowie Diskriminierungskritische Bildung („Diskriminierung erkennen und entgegenwirken“) als besonders wichtige Themenfelder identifiziert (mit Querverbindungen zu den Themen psychische Gesundheit und Medienbildung). Unter anderem ist eine bereichsübergreifende Vortragsreihe zu Diskriminierungskritischer Bildung ab dem Schuljahr 2025/2026 vorgesehen.

Die Fachstelle für Demokratie nimmt zu dem o. g. Antrag wie folgt Stellung:

Bereits am 15. Mai 2025 – kurz nachdem die rechtsextreme „Identitäre Bewegung“ an mehreren Schulen Flyer- und Transparentaktionen durchgeführt hatte – hat die Fachstelle für Demokratie an alle Münchner Schulen das folgende Schreiben mit Hinweisen zu rechtsextremen Flyer- und Transparentaktionen an Münchner Schulen versendet:

„Sehr geehrte Schulleitungen, liebe Lehrer*innen, derzeit verzeichnen wir verschiedene Aktivitäten der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ an den Münchner Schulen. Zum einen werden im Rahmen dieser Aktionen Flyer vor und auf dem Schulgelände verteilt, zum anderen wird versucht, ein Transparent vor oder auf dem Schulhof zu entrollen.

Daher möchten wir Sie mit diesem Schreiben unterstützen, insbesondere einen fachlichen und pädagogischen Umgang mit dem Phänomen zu finden. Generelle Hinweise zum Umgang mit den Aktionen finden Sie am Ende des Schreibens.

1. Aktionen nutzen, um über Rechtsextremismus aufzuklären

Die Identitäre Bewegung versucht bei ihren Aktionen eine jugendgemäße Ansprache zu finden (Titel Flyer „Lehrer hassen diese Fragen“, Titel Transparent „Dein Lehrer hasst Deutschland“).

Im Kern verfolgt die Identitäre Bewegung allerdings ein klassisch rechtsextremes Welt- und Gesellschaftsbild. Die Aussagen auf den Flyern der „Identitären Bewegung“ sind daher deckungsgleich mit den Thesen vieler Vereine und Parteien der extremen Rechten.

Deutlich wird dieser Kern des Rechtsextremismus in der in dem Flugblatt enthaltenen Aussage „In fast jeder Großstadt ist die deutsche Jugend unter 16 Jahren in der Minderheit.“ Wir raten daher, basierend auf dieser Aussage, zu einer pädagogischen Auseinandersetzung mit rechtsextremem Gedankengut, anlassbezogen oder im Rahmen der Verfassungsviertelstunde. Dabei kann beispielsweise thematisiert werden, welche Jugendlichen in diesem Verständnis als „deutsch“ gelten und welche nicht. Denn ganz offensichtlich werden im rechtsextremen Welt- und Gesellschaftsbild deutsche „Jugendliche mit Migrationshintergrund“ nicht zur „deutschen Jugend“ gezählt.

Auch kann in der Klasse nachvollziehbar gemacht werden, dass sich Schüler*innen aufgrund unterschiedlicher Kriterien unterscheiden können (bspw. aufgrund ihrer Hobbies oder ihrer Lieblingsurlandsländer), dass eine Unterscheidung nach „deutsch“ und „nicht-deutsch“ wie Rechtsextremisten sie vornehmen, keinen Ertrag hat. Schließlich sollte darauf hingewiesen werden, dass in einem rechtsextremen Weltbild „Deutschsein“ immer mit Privilegien, Zugängen und Berechtigungen verbunden ist, die allen, die nicht (ausreichend) „deutsch“ sind, nicht zustehen sollen.

2. Die Aufmerksamkeit für die Identitäre Bewegung nicht weiter anheizen

Die sogenannte „Identitäre Bewegung“, die in München auch unter dem Namen „Lederhosen Revolte“ auftritt, ist ein Zusammenschluss völkisch orientierter rechtsextremer Akteur*innen, der sich als Jugendbewegung inszeniert und vor allem aktivistisch tätig ist. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stuft die „Identitäre Bewegung“ bereits seit 2019 als „gesichert rechtsextremistisch“ ein. 2024 führte die Bundesregierung aus, dass Vertreter*innen der AfD und deren ehemaliger Jugendorganisation der „Jungen Alternative“ die „Identitäre Bewegung“ als sogenanntes „Vorfeld“ bezeichnen, das den Weg in Form von Aktionen ebnen soll, die auf die Botschaften neurechter Organisationen aufmerksam machen.

Da das Generieren von Aufmerksamkeit trotz der zahlenmäßigen Überschaubarkeit der Gruppe in München das Ziel der rechtsextremen Bewegung ist, sollte man sich beim Umgang mit der Herausforderung auf das pädagogische und inhaltliche Entlarven konzentrieren und die Aufmerksamkeitsspirale nicht weiter anheizen. Wie oben dargestellt, lässt sich rechtsextremes Gedankengut sehr gut entlarven, ohne dass man dabei den Organisationsnamen nennen und weitertragen muss.

3. Allgemeine Hinweise zum Umgang mit Flyer- und Transparentaktionen an Schulen

–

Machen Sie von Ihrem Hausrecht Gebrauch und verweisen Sie die rechtsextremen Aktivist*innen des Schulgeländes. Sollten die Aktivist*innen das Schulgelände nicht freiwillig verlassen, kann ein strafrechtliches Vergehen („Hausfriedensbruch“) vorliegen.

–

Sammeln Sie das Material möglichst vollständig ein, um dieses im Nachgang auf straffrechtliche Relevanz prüfen lassen und vernichten zu können.

–

Rufen Sie die Polizei, damit diese Sie bei der Durchsetzung des Hausrechts unterstützen kann. Fertigen Sie eine kurze Dokumentation zum Sachverhalt an, um diesen an die LHM / das staatliche Schulamt zu melden und ggf. Strafanzeige erstatten zu können

–

Arbeiten Sie den Sachverhalt pädagogisch auf, anlassbezogen oder beispielsweise im Rahmen der Verfassungsviertelstunde.

Wir bedanken uns für Ihre Bemühungen und Ihr Engagement.“

Darüber hinaus bietet die bei der Fachstelle für Demokratie angesiedelte Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen jederzeit Beratung zum Umgang mit derartigen Aktionen sowie zum (reaktiven und proaktiven) Umgang der Schulen mit den

Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an. Auch für Schüler*innen, die sich an ihrer Schule engagieren möchten sowie für Schüler*innen, die von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind, bietet die Anlaufstelle Beratung an und verweist gegebenenfalls an spezialisierte Beratungsstellen.

Der Antrag Nr. 20-26 / B 07869 des Bezirksausschusses des 3. Stadtbezirks Maxvorstadt vom 06.06.2025 ist hiermit satzungsgemäß behandelt.

Das Direktorium HA II/V 2, BA-Geschäftsstelle Mitte, erhält einen Abdruck dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Geschäftsbereichsleitung